

„Mehr Freiheit wagen“

Die Schließung des AEG Werkes in Nürnberg zeigt uns deutlich, was die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung unter dem Motto „Mehr Freiheit wagen“ versteht.

Für die Unternehmen bedeutet es die absolute Freiheit und für die Beschäftigten bedeutet es die „Freiheit“ von der Arbeit. Die einen können so ihre Profite in unvorstellbare Höhen treiben und die Beschäftigten werden in die Armut entlassen. Dass dies von der Politik durch Subventionen und Abschreibungen begünstigt, wird ist der eigentliche Skandal und zugleich die Stellschraube, an der wir drehen müssen.

Es ist kein Naturgesetz, dass die Produktion immer in die Länder verlagert wird, in denen gerade die niedrigsten Löhne sind. Es ist nicht einmal Realität. Denn für Unternehmen spielen neben den Lohnkosten viele andere Punkte, wie Infrastruktur des Landes, Qualifikation der ArbeiterInnen und Ähnliches eine wesentliche Rolle. Aber angesichts von über fünf Millionen Erwerbslosen werden die Angst der (noch) Beschäftigten gnadenlos ausgenutzt und regelmäßig Exempel statuiert. Auch die „neue“ Bundesregierung setzt weiterhin auf den Exportschlager „Made in Germany“. Doch dieser Erfolg wird irgendwann seine Rechnung präsentieren und die so sträflich vernachlässigte Binnennachfrage wird zu Tage treten.

Schließlich kaufen Waschmaschinen keine Waschmaschinen.

Die Schließung des AEG Werkes in Nürnberg bedeutet für die Region, dass einer der letzten industriellen Betriebe geschlossen wird. Nachdem schon in den letzten Jahren ein Produktionsstandort nach dem anderen geschlossen wurde und die Arbeitslosigkeit ständig stieg, muss von politischer Seite endlich gehandelt werden. An Absichtserklärungen hat es nicht gemangelt aber an Taten. Die Aussicht auf einen etwas abfedernden Sozialplan schwindet ebenfalls. Denn die Bundesregierung will Abfindungen nicht mehr steuerfrei stellen. Vielen Kolleginnen und Kollegen droht der Absturz in die Armut per Gesetz. Denn durch Hartz IV wurde Armut zum Gesetz gemacht.

Wir stehen für eine andere Politik. Eine Politik, die den Menschen im Mittelpunkt sieht und nicht die Dividende. Die Linkspartei.PDS steht auf und an eurer Seite und wird euch in eurem Kampf unterstützen.

Holger Grünwedel Würzburg Bundessprecher

Kristina Hadelar Kreissprecherin der Linkspartei.PDS Nürnberg/Mittelfranken